

**PM: Ist das tatsächlich noch Gesundheitsschutz zum Wohle der Kinder?**

**Werden Kinder und Lehrkräfte mit einem erhöhten Risiko wieder vergessen?**

Die Wiedereinführung der Maskenpflicht im Unterricht war folgerichtig, da das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW weiterhin Alternativen ablehnend gegenübersteht, und durchaus sinnvoll. Ausreichender Schutz zur Unterbrechung der Infektionsketten steht von dieser Maßnahme allerdings nicht zu erwarten. Zu Beginn des Schuljahres wurde von allen Schulministerien in Deutschland die Wiederaufnahme des Vollbetriebs an den Schulen als Königsweg dargestellt und schon bald danach vielerorts mit der Maskenpflicht kombiniert. Dem steht allerdings die Forderung des RKI nach Einhaltung der Abstandregeln (!) auch an den Schulen entgegen. Die LEK NRW unterstreicht nochmals die Forderung nach Verkleinerung oder Halbierung der Lerngruppen, wie auch von der GEW und anderen Verbänden favorisiert und inzwischen von allen Virologen als dringlich empfohlen. Andere Bundesländer, wie Bayern, folgen der Empfehlung und haben einen entsprechenden Stufenplan entwickelt.

Allein durch die Reduzierung der Gruppengröße kann laut Prof. Dr. Markus Scholz von der Universität Leipzig der Infektionsschutz sofort um 75 % erhöht werden. Kämen dann noch tatsächlich wirksame FFP2-Masken für Risikogruppen hinzu, müssen die Klassenräume im Herbst und Winter keine Gefrierkammern werden. „Selbstverständlich braucht es zusätzliches Personal. Dieses fehlt schon lange in den Schulen, nicht erst seit Corona! Jetzt ist der Zeitpunkt, dieses Personal endlich einzustellen. Stattdessen wird laufend und nicht ohne wirtschaftspolitische Hintergedanken im technischen Bereich investiert: Digitale Endgeräte und Raumluftfilter. Als ergänzende Hilfen sehr zu begrüßen, stehen diese aber nicht sofort in ausreichendem Maße zur Verfügung und sind schon deshalb nicht geeignet, um das Ansteigen der Infektionszahlen jetzt sofort zu stoppen“, mahnt Dr. Ulrich Meier, Beisitzer der LEK NRW.

Ein erster Schritt, dem herrschenden Lehrermangel zu begegnen, wäre die Entlastung der Lehrkräfte von administrativen und sonstigen Zusatzaufgaben durch die Einstellung von Klassen-/Schulassistenten, Administratoren und digitalen Hausmeistern. Dann könnten die vorhandenen Lehrkräfte ihre Zeit wenigstens ganz dem Unterrichten widmen. Genügend Studenten oder Lehramtsanwärter\*innen dessen Referendariats- Jahr am 31.10.20 endet, suchen händeringend nach Ersatzeinkommen und könnten Angebote in Schule erhalten, derzeit verwaist stehende Räume an Hochschulen und anderen Fort- und Weiterbildungseinrichtungen könnten genutzt werden.

Die steigenden Fallzahlen von Corona-Erkrankten, drohende Quarantäne und Schulschließungen oder sogar die Gefahr eines neuen „Lock-Downs“ bereiten vielen Familien aus ganz unterschiedlichen Gründen Sorgen. Den einen geht es um den Gesundheitsschutz, den anderen um die Arbeitsstelle und vielen schlicht um soziale Teilhabe. Schule ist dabei ein nicht zu unterschätzender, systemrelevanter Knotenpunkt, der Bildung, Betreuung, Förderung, Therapien bis hin zur Grundversorgung gewährleistet und damit auch die Gesundheit der Familien.

Doch derzeit entsteht der Eindruck, dass es vorrangig nicht um Gesundheitsschutz und Wohlbefinden der Schüler\*innen geht, ja nicht einmal um die Minimierung von Neuinfektionen. Es regiert das Prinzip „Augen zu und durch“. Will man das Risiko für weitere Infektionen senken, dann reichen einfache Masken durchaus für einen kurzen Besuch von Geschäften. Die Tauglichkeit bei Dauernutzung in Schulen ist aber sehr fraglich. Immerhin halten sich regelmäßig 30 oder mehr Schüler\*innen ohne Abstand 6 bis 8 Stunden in Oberstufen bis 10 Stunden in einem Klassenraum auf.

Masken müssten regelmäßig gewechselt werden. Wer bezahlt Lehrkräften und Schüler\*innen derart viele Masken? Und wieso wurden die viel stärker gefährdeten Lehrkräfte grundsätzlich befreit, obwohl sie auch mit Risikogruppen agieren? Die Durchführbarkeit des regelmäßigen Stoßlüftens wird sich erst bei sinkenden Temperaturen zeigen, wenn die Räume bis zum nächsten Lüften nicht mehr vollständig erwärmt werden können und Erkältungskrankheiten zunehmen.

Am schärfsten zu bemängeln ist jedoch, dass wieder Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen unzureichend berücksichtigt werden. Dies machen nicht abreißende Klagen Betroffener deutlich. Man fragt sich: **Sollten die Maßnahmen nicht gerade diese Menschen - mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen - schützen, die eine höhere Gefahr eines schweren Verlaufes tragen? Wieso stehen diese Gruppen dann nicht Mittelpunkt des gesamten Handelns und Planens?**

Wer zahlt den Lehrer\*innen und Schüler\*innen mit einem erhöhten Risiko die FFP2-Masken, damit eine Teilhabe und Teilnahme weiter möglich ist? Krankenkassen finanzieren als Vorsorgemaßnahme Fitnesskurse für überwiegend fitte Menschen, **FFP-Masken** stehen dagegen nicht im Hilfsmittelkatalog und werden deshalb nicht bezahlt, auch nicht für besonders gefährdete Personen. Von Bund und Land werden diese Gruppen ebenso stiefkindlich behandelt. Zwar sollten Lehrkräfte mit erhöhtem Risiko FFP2-Masken vom Land NRW gestellt bekommen, doch diese kamen nie oder nur in unzureichender Stückzahl in den Schulen an.

„Schüler\*innen mit Behinderung oder Vorerkrankung wurden völlig vergessen“, kritisiert Anke Staar, die Vorsitzende der Landeselternkonferenz NRW (LEK NRW). „Sie erhalten keinerlei Unterstützung und können nur dann am Unterricht teilnehmen, wenn sich ihre Familien die Anschaffung der besonderen Schutzmittel leisten können. Das Land weiß aber nicht einmal, wie viele Lehrkräfte oder Schüler\*innen von einem erhöhten Risiko betroffen sind oder welche Art der Hilfe sie benötigen für eine Teilnahme an Präsenz- oder Distanzunterricht. Somit kann der notwendige Mehrbedarf nicht ermittelt werden, um diese Gruppen besser zu schützen oder zu fördern. Das Vergessen zeigt sich in vielen Punkten im gesamten Verlauf der Pandemie, sei es bei der Schülerbeförderung, der Betreuung, der individuellen Förderung, der Öffnung der Schulen, nun auch noch bei den Therapien!“

Anstatt in der Krise mehr Mittel für die stärker gefährdeter Menschen bereitzustellen, werden Hilfen gekürzt oder fallen aus. Absurderweise reduzieren sogar Landschaftsverbände, die speziell für Menschen mit Behinderungen tätig sind, Therapeutenstellen, und soziale Träger kündigen Assistenz, weil weder das Land noch die Kommunen einschreiten bzw. finanziell einspringen.

„Welche Folgen die Nichtförderung, die fehlende Teilhabe und die unterlassenen Hilfen haben, zeigt sich inzwischen mit massiven Auswirkungen in den betroffenen Familien“, sagt Stefanie Peter-Krüger, Beisitzerin der LEK NRW und fordert, „es wird Zeit, dass diese Bedarfe endlich gesehen und entsprechend unterstützt und geschützt werden!“

Wieder einmal sind die Maßnahmen nicht bis zum Ende durchdacht und treffen insbesondere Minderheiten. Mit dem Hinweis, dass 98.1 % der Schüler\*innen nicht betroffen sind, können Konzepte einfach gehalten und als „Erfolge“ verkauft werden. Das ist für die LEK NRW nicht akzeptabel, weil kein Kind statistisch zu vernachlässigen ist. Es sollte um einen raschen Stopp der Ausbreitung, sowie die Verhinderung von Schulschließungen und Überforderung von Gesundheitseinrichtungen gehen. Die schnellste und effektivste Methode ist dabei die Reduzierung der Klassengröße, damit Abstand gehalten werden kann. Deshalb fordert die LEK NRW einen

priorisiertes Stufenkonzept, das die Bedarfe in den Vordergrund stellt. Andernfalls sind die Konzepte als unzureichend zu bezeichnen. Masken und Lüftung reichen nicht zur Unterbrechung der Infektionsketten, der dringend empfohlene Abstand muss jetzt sofort greifen.

Lieber Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, liebe Bundesbildungssministerin Anja Karliczek,

liebe Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, liebe KMK-Präsidentin Dr. Stefanie Hubig,

liebe Landesschulministerin Yvonne Gebauer,

wir alle wissen, dass es kein Nullrisiko geben wird. Doch geht es Ihnen wirklich noch um die Unterbrechung der Infektionsketten, den Gesundheitsschutz, die Bildung, die Betreuung, die Förderung und das Wohlbefinden aller Kinder und Jugendlichen? Wo sind dann die notwendigen Mittel und die an die RKI-Empfehlungen angepassten AHA - Konzepte?

Die LEK NRW fordert Sie auf: Stellen Sie endlich die tatsächlichen Bedarfe der Schulen in den Vordergrund Ihres Planens und weniger Vergleichbarkeits- und Prüfungsdogmen. Wir Eltern möchten nicht schuld an der Überlastung des Gesundheitswesens sein, weil Infektionen sich doch in den Schulen ausbreiten. Zur Bewältigung dieser Krise, in der wir alle gemeinsam stecken, brauchen Sie die Lehrkräfte, die Schulleitungen und uns Eltern als Bildungs- und Erziehungspartner und als berufstätige Pfleger\*innen, Gastronom\*innen, medizinische Angestellte, Verkäufer\*innen, Reinigungskräfte usw., die diese Verordnungen und Maßnahmen mittragen und so die Stabilität von Demokratie und Wirtschaft ermöglichen. Lassen Sie die Schulen nicht weiter im Stich und hören Sie den Lehrenden und Wissenschaftlern zu. Wir zweifeln die Empfehlungen und Warnungen der Wissenschaft nicht an!

Ihr LEK NRW Vorstand!